



Herr Bundesrat Didier Burkhalter
Eidgenössisches Departement des Innern
Schwanengasse 2
3003 Bern

19. November 2010

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015: Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 25. August haben Sie uns eingeladen, zum obgenannten Geschäft (Kulturbotschaft) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Einladung.

Die Kultur ist kein Schwerpunktbereich der Arbeit von economiesuisse. Dennoch erlauben wir uns, zum vorgelegten Entwurf kurz Stellung zu nehmen. Wir tun dies aus der finanzpolitischen Optik, d.h. dass die Beurteilung der Vorschläge im Licht der finanzpolitischen Entwicklungen und Herausforderungen für den Bund für uns im Vordergrund stehen.

Die Finanzpolitik des Bundes ist in den nächsten Jahren durch Konsolidierungen und verbleibende strukturelle Defizite gekennzeichnet. Trotz Konsolidierungsbemühungen fallen in den Jahren 2012 bis 2014 gemäss aktuellem Finanzplan Fehlbeträge an, die nicht mit der Schuldenbremse vereinbar sind und deshalb noch bereinigt werden müssen. Die Konsolidierungsmassnahmen selbst erfordern von vielen Bereichen Verzichte, die teilweise weitgehend sind. Im Vordergrund steht die finanzielle Stabilität des Bundeshaushaltes, die dem Bund – und der Schweiz – in den Jahren der Krise sehr geholfen hat. Finanzpolitische Solidität – Ausgleich des Haushalts und Schuldenabbau – sind kein Selbstzweck, sondern schaffen finanzpolitischen Handlungsspielraum und entlasten künftige Generationen, wie es der Bundesrat im aktuellen Finanzplan zu Recht feststellt.

Die finanzpolitischen Entwicklungen der nächsten Jahre sind dergestalt, dass alle Aufgabenbereiche des Bundes einen Beitrag zur Sicherung eines gesunden Bundeshaushalts und ganz konkret zur Einhaltung der Schuldenbremse leisten müssen. Die Kulturbotschaft sieht entsprechend dem bundesrätlichen Vorschlag zum Konsolidierungsprogramm (KOP-Botschaft vom 1. September 2010) keine Massnahmen in

economiesuisse
Hegibachstrasse 47
Postfach CH-8032 Zürich
Telefon +41 44 421 35 35
Telefax +41 44 421 34 34

Verband der Schweizer Unternehmen
Fédération des entreprises suisses
Federazione delle imprese svizzere
Swiss Business Federation
www.economiesuisse.ch

ihrem Einzugsbereich vor. Dieser Verzicht ist unverständlich. Bereits in unserer Stellungnahme zum KOP vom 26. Mai verwiesen wir auf den Handlungsbedarf im Kulturbereich. In der Stellungnahme schlugen wir Fokussierungen in den Bereichen Pro Helvetia und Filmförderung vor, verbunden mit Mittelkürzungen von 10 Mio. Franken über beide Bereiche. Die jährliche Anpassung der Kulturmittel im genannten Umfang erscheint uns im Sinne einer Mindestvorgabe vertretbar (6% des beantragten Zahlungsrahmens von jährlich total 160 Mio. Franken).

Auch im Sinne der Aufgabenüberprüfung ist die Frage zu stellen, in welchen Bereichen der Kultur ein Bundesengagement unverzichtbar ist, in welchen anderen Bereichen aber ein reduziertes Engagement oder Verzichte möglich sind. Die Aufgabenüberprüfung des Bundes schliesst grundsätzlich alle Aufgabengebiete ein. Warum gerade die Kultur von den Bemühungen um Priorisierung und Verzichte ausgeschlossen sein soll, ist für uns nicht einsichtig. Dies umso mehr, als gemäss Artikel 69 der Bundesverfassung in erster Linie die Kantone für die Kultur zuständig sind. Ob es sich zudem z. B. bei der Filmförderung um ein Anliegen von gesamtschweizerischem Interesse handelt, wodurch es berechtigt wäre, vom Bund mit über 20 Mio. Franken jährlich unterstützt zu werden, gehörte zumindest zur Diskussion gestellt.

In diesem Sinn wiederholen wir unsere **Forderung, dass auch der Kulturbereich einen angemessenen Beitrag an die Bemühungen des Bundes um die kurz- und mittelfristige Konsolidierung der Bundesfinanzen leistet und er darüber hinaus auch in die Aufgabenüberprüfung zur dauerhaften Entlastung des Bundeshaushalts durch Priorisierung und Verzichte einbezogen wird. Eine Kürzung der jährlichen Mittel um mindestens 10 Mio. Franken** erscheint uns vertretbar und im Sinne der Opfersymmetrie richtig (40 Mio. über die gesamte Finanzierungsperiode 2012-2015). **Forderungen nach Zusatzmitteln, d.h. von Krediten, die über die vom Bundesrat beantragten und in der Finanzplanung eingestellten Beträge hinausgehen, lehnen wir strikt ab.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Urs Furrer
Mitglied der Geschäftsleitung

Dr. Frank Marty
Stv. Bereichsleiter Finanz- und Steuerpolitik